

UKRAINE

Riskanter Reformkurs

Timoschenko,
Solana



Julija Timoschenko ist eine ehrgeizige Frau, der Posten als Premierministerin reicht ihr offenbar nicht. Deshalb versucht sie bereits sechs Wochen nach Amtsantritt, sich als Kandidatin für das Präsidentenamt zu empfehlen – indem sie ihr Land nach Westen führt. Am Dienstag will die Welt Handelsorganisation die Aufnahme der Ukraine beschließen. Bei einem Besuch in Brüssel hatte Timoschenko zudem EU-Chefdiplomat Javier Solana versichert, ihr Land entwickle sich „in Richtung Europäische Union“. In den kommenden Wochen verhandelt die frühere Sowjetrepublik mit Brüssel über eine Freihandelszone. Langfristig, so sagen ukrainische Diplomaten, strebe ihr Land eine Nähe zur EU nach dem Beispiel der Schweiz und Norwegens an. Auch im Inneren drückt Timoschenko aufs Tempo. In den nächsten Monaten will die Regierung mit der Privatisierung von 19 Staatsunternehmen im Wert von 3,4 Milliarden Euro beginnen. In ihrem Wahlprogramm hatte Timoschenko versprochen, durch Entbürokratisierung und Steuererleichterungen ein „Investitionsparadies“ zu schaffen. Mit der Parole vom „ukrainischen Durchbruch“ erhielt die flamboyante Volksrednerin bei der Parlamentswahl im September 30,7 Prozent der Stimmen, mehr als doppelt so viel wie die Partei ihres Koalitionspartners, des Präsidenten Wiktor Juschtschenko. Als kleines Dankeschön lässt sie jetzt an die Bürger Entschädigungen für jene Sparguthaben auszahlen, die zum Ende der Sowjetzeit entwertet worden waren. Die Wohltat kostet 2,74 Milliarden Euro, das sind 8,5 Prozent der diesjährigen Staatsausgaben – weswegen nun eine steigende Inflationsrate droht. Gewagt ist auch der Wunsch Timoschenkos und Juschtschenkos, die Nato solle der Ukraine den Anwärterstatus auf Mitgliedschaft anbieten. Lediglich ein Viertel der Ukrainer befürwortet derzeit einen Beitritt zum Nordatlantikpakt. Vor allem russischsprachige Bewohner im Osten und Süden des Landes fürchten für den Fall einer Nato-Annäherung Konflikte mit Moskau.

YVES LOGGHE / AP

BHUTAN

Umstrittene Grenzen

Der winzige buddhistische Himalaja-Staat wird zum Zankapfel zwischen den Nachbarn Indien und China. In den vergangenen Monaten sind Pekings Soldaten immer wieder in Bhutan eingedrungen. Der Verlauf der 470 Kilometer langen Grenze in dem unwegsamen Gebiet ist umstritten. Indien, das Bhutan außenpolitisch berät und rund 60 Prozent seines Staatshaushalts finanziert,

beobachtet die Lage derweil mit Sorge. Neu-Delhi hat Gebirgsjäger in die Region verlegt. Die Inder verdächtigen Peking, die Machtbalance im Dreiländereck auf dem Dach der Welt verschieben zu wollen. Denn auch der Grenzverlauf zwischen China und Indien ist in dieser Region nicht klar. Im November 2007 hatten chinesische Soldaten verlassene indische Posten zerstört. Das kleine Bhutan ist die jüngste Demokratie der Welt, vor kurzem erst hat das Königshaus allgemeine Parlamentswahlen ausgeschrieben.

